

Lösungsskizze fehlt!

KV-Nr.: 2253

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt) aus 6 Blatt und ist vollständig durchnummeriert.

Der Aufgabentext ist zu Beginn auf Vollständigkeit zu überprüfen.

Staatsanwaltschaft Bochum

Bochum, den 16.04.1999

- 35 Js 644/99 -

An das
Amtsgericht
- Strafrichter -
Bochum

Amtsgericht Bochum		
Eing.	21. April 1999	
___Anl. ___	Bd. ___	Akt. <u>CC</u>

Anklageschrift

Der Heizungsbauer Johannes **B O H N E R T**, geb. am 10.04.1961 in Hagen, wohnhaft Hattinger Str. 768, 44879 Bochum, verheiratet, Deutscher,

- in dieser Sache vorläufig festgenommen am 14.09.1998 -

wird angeklagt

am 14.09.1998
in Bochum

versucht zu haben, fremde bewegliche Sachen einem anderen in der Absicht wegzunehmen, dieselben sich rechtswidrig zuzueignen, wobei er zur Ausführung der Tat versuchte, in einen umschlossenen Raum einzusteigen.

Dem Angeschuldigten wird folgendes zur Last gelegt:

Aufgrund eines vorgefaßten Tatentschlusses begab sich der Angeschuldigte am Tattage zum Industriegebiet Präsident in Bochum-Hamme. Entsprechend seinem vorgefaßten Plan begann er sodann, das mit einem Vorhängeschloß gesicherte Tor zum Gelände der Firma ROBAG Romberger Industriebau AG im Objekt Seilfahrt 17 mit Hilfe eines mitgebrachten Stemmeisens aufzuhebeln, um die auf dem Betriebshof lagernden Werkzeuge zu entwenden. Hierzu kam es jedoch nicht mehr, da der Angeschuldigte durch die eingesetzten Polizeibeamten POM Liebert und POK Fitzmann festgenommen wurde.

Vergehen, strafbar gem. §§ 242 Abs. 1 u. 2, 243 Abs. 1 S. 2 Nr. 1, 22, 23 Abs. 1 StGB.

Beweismittel:

I. Einlassung des Angeschuldigten;

II. Zeugen:

1. POM Liebert,
2. POK Fitzmann, beide zu laden über den Polizeipräsidenten in Bochum;

III. Augenscheinsobjekte:

1. eine Taschenlampe,
2. ein Stemmeisen,
3. ein Paar Arbeitshandschuhe.

Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen:

Der Angeschuldigte ist vielfach vorbestraft. Zuletzt wurde er am 10.02.1997 durch das AG Bochum zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 8 Monaten wegen Betruges in 3 Fällen, davon in einem Fall in Tateinheit mit Urkundenfälschung, sowie wegen Unterschlagung verurteilt. Am 04.09.1997 wurde die Reststrafe zur Bewährung ausgesetzt.

Der Angeschuldigte hat sich dahingehend eingelassen, er sei bereits losgegangen, um eventuell einen „Einbruch zu machen“. Aus diesem Grund habe er auch das Stemmeisen sowie die restlichen Diebeswerkzeuge eingesteckt. Er habe bereits unterwegs nach einem lohnenswerten Objekt Ausschau gehalten, ein solches aber nicht gefunden. Wäre dies der Fall gewesen, wäre er dort auch eingebrochen. In der Zufahrt zur Firma ROBAG habe er dann mit der Taschenlampe das Gelände abgeleuchtet. Auch sei er auf eine Mülltonne geklettert und habe über den Zaun ins Innere des Firmengeländes geleuchtet. Als er die dort lagernden Werkzeuge entdeckt habe, habe er sich entschlossen, dort einzubrechen. Er habe dann begonnen, das Vorhängeschloß, mit dem das Hoftor gesichert war, mit dem Stemmeisen aufzubrechen. Als sich ein Auto genähert habe, habe er sich hinter den in der Einfahrt stehenden Mülltonnen versteckt, da er nicht gemerkt habe, daß es sich bei dem Auto um eine Zivilstreife der Polizei gehandelt habe. Als er die Beamten aussteigen sah, sei es bereits zu spät gewesen, noch zu flüchten.

Es wird beantragt,

das Hauptverfahren vor dem Amtsgericht - Strafrichter - zu eröffnen.

Dr. Koch

(Dr. Koch)
Staatsanwalt

78 Ds 35 Js 644/99 - 312/98 -



Amtsgericht Bochum

Beschluss

In der Strafsache gegen

den Heizungsbauer Johannes **B O H N E R T**, geb. am 10.04.1961
in Hagen, wohnhaft Hattinger Str. 768, 44879 Bochum, verheira-
tet, Deutscher,

wird die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt.

Die Kosten des Verfahrens sowie die notwendigen Auslagen des
Angeklagten trägt die Staatskasse.

Gründe:

Nach Auffassung des Gerichts fehlt es an dem für die Eröffnung
des Hauptverfahrens erforderlichen hinreichenden Tatverdacht.

Die weiteren Gründe des Beschlusses wurden zu Prüfungszwecken entfernt.

Bochum, 03. Mai 1999

Schütz

(Schütz)
Richter

Vfs.
U.m.A. der StA gem. § 41 StPO
übersandt.
03.05.1999
Schütz, Richter

Zur Zustellung eingegangen am 04. Mai 1999

Die Urschrift des Urteils ist zur Zustellung
am _____ eingegangen.

Staatsanwaltschaft Bochum, 4.5.99

~~Ober~~ - Staatsanwalt
~~Ober~~ - Amtsanwalt

Dr. Koch



Staatsanwaltschaft Bochum

Staatsanwaltschaft Bochum – 44782 Bochum

44782 Bochum
Telefon (0234) 967-0
Durchwahl (0234) 967 -
Telefax (0234) 967-2587
Datum 10.05.1999
Aktenzeichen
35 Js 644/99
(Bei Antwort bitte angeben)

An das
Amtsgericht

Bochum

Amtsgericht Bochum

Eing. 11. Mai 1999

___Anl. ___Bd. ___Ak.

zu: 78 Ds 35 Js 644/99 - 312/98 -

In dem Ermittlungsverfahren gegen Johannes Bohnert, geb. am 10.04.1961 in Hagen, wohnhaft Hattinger Str. 768, 44879 Bochum, wird hiermit gegen den Beschluß vom 03.05.1999

sofortige Beschwerde

eingelegt.

(Wilkens)
Oberstaatsanwalt

Staatsanwaltschaft Bochum

78 Ds 35 Js 644/99 - 312/98

5

Amtsgericht Bochum		
Eing.	11. Mai 1999	
___Anl.	___Bd.	___Akt. <i>8</i>

Verfügung:

1.)
U.m.A.
dem Amtsgericht

Bochum

mit der Bitte um Weiterleitung an das

Landgericht Bochum

zum Zwecke der Entscheidung über das Rechtsmittel übersandt.

Es wird beantragt,

den angefochtenen Beschluß aufzuheben und die Eröffnung
des Hauptverfahrens zu beschließen.

2.) 2 Monate

Bochum, den 10.05.1999
Staatsanwaltschaft

Dr. Koch

(Dr. Koch)
Staatsanwalt

Vfs.
U.m.A. dem LG Bochum
mit der Bitte um Entscheidung
vergelegt.
14.05.1999
Schütz, Richter

Landgericht Bochum		
Eing.	17. Mai 1999	
___Akt.	___Heft	___Anl.
___fach	___DM Kostenm.	<i>Re</i>

Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung des Gerichts ist vorzuschlagen.

Wird ein rechtlicher Hinweis für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass dieser ordnungsgemäß erfolgt ist.

Werden eine richterliche Aufklärung oder eine Beweiserhebung für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass diese ordnungsgemäß erfolgt und ohne Ergebnis geblieben sind.

Von einer Entscheidung über die Kosten ist abzusehen.

Die Formalien (Ladungen, Zustellungen, Unterschriften, Vollmachten) sind in Ordnung.

Das Landgericht Bochum hat die Beschwerdeschrift vom 10.05.1999 dem Angeschuldigten Bohnert am 18.05.1999 zur Stellungnahme binnen einer Frist von einer Woche übersandt. Der Angeschuldigte Bohnert hat sich darauf nicht geäußert.